

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Die ‚2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung‘ braucht einen kohärenten Fokus auf Governance und Frieden

Von Charlotte Fiedler, Mark Furness,
Jörn Grävingholt & Julia Leininger,
*Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)*

Die aktuelle Kolumne

vom 12.10.2015

Die ‚2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung‘ braucht einen kohärenten Fokus auf Governance und Frieden

Bonn, 12. Oktober 2015. Ende September kam die internationale Gemeinschaft in New York zusammen, um über die neue ‚2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung‘ und deren Ziele (*Sustainable Development Goals*, SDGs) zu diskutieren und zu entscheiden. Ein wichtiger Unterschied zu den vorherigen Millenniumszielen (*Millennium Development Goals*, MDGs) ist SDG 16, das die Bedeutung von Frieden, guter Regierungsführung und inklusiven Institutionen für nachhaltige Entwicklung betont. Dies ist ein entscheidender Schritt nach vorne, denn die MDGs hatten diese wichtigen Themen sorgsam und bewusst vermieden.

Die SDGs sollten inspirierende Handlungsaufforderungen sein, denn sie sind Teil einer globalen Agenda, der alle UN-Mitgliedsstaaten zugestimmt haben. Leider entsprechen die Unterziele von SDG 16 dem nicht. Insbesondere fehlt ihnen ein überzeugendes Narrativ und eine klare Logik, die deutlich macht, wie die Kernelemente des Ziels – Frieden und gute Regierungsführung – erreicht werden können. Ein gewisses Maß an Unschärfe bei der Formulierung von SDG 16 war für die Erreichung eines politischen Konsenses unvermeidlich, aber die bloße Auflistung verschiedener mit Frieden und guter Regierungsführung zusammenhängender Aspekte allein ergibt noch keine kohärente Strategie. Zudem sind Frieden und gute Regierungsführung eminent politische Themen. Fortschritte in diesen Bereichen können nicht auf die technische Ebene der Effektivität und Effizienz von Institutionen reduziert werden.

Doch die Stärkung eines kohärenten Narrativs für SDG 16 ist noch immer möglich. Es kommt nun darauf an, die Indikatoren, an denen in Zukunft die Erreichung der Ziele gemessen werden soll, so zu konzipieren, dass für *alle* zehn Unterziele ihr Zusammenhang mit Frieden und guter Regierungsführung deutlich wird. Einige der Unterziele von SDG 16 beziehen sich klar auf die beiden Hauptthemen: Rechtsstaatlichkeit, politische Freiheiten, inklusive Institutionen und Verringerung von Korruption sind Governance-, und Gewaltprävention und Waffenströme sind Friedens-Fragen. Andere Themen aber, etwa der Kampf gegen organisierte Kriminalität, illegale Finanzströme oder die Bereitstellung von Geburtenregistrierung, verweisen eher implizit auf ein umfassendes Versagen, funktionierende und inklusive öffentliche Institutionen aufzubauen. Ohne solche Institutionen aber werden dauerhafte Fortschritte bei den spezifischeren Unterzielen unerreichbar bleiben.

Manche der SDG-16-Unterziele zeigen zudem entweder zu viel oder zu wenig Ehrgeiz, wodurch das Risiko steigt, dass selbst gut gemeinte Bemühungen von

Beginn an zum Scheitern verurteilt sind. Einige sind so formuliert, dass es praktisch unmöglich ist, sie *nicht* zu erreichen, etwa „Förderung der Rechtsstaatlichkeit“ oder „Stärkung der relevanten nationalen Institutionen (...) um Gewalt zu verhindern“. Andere Unterziele legen die Latte zu hoch. Ein Unterziel verpflichtet die Länder zum Beispiel eine „inklusive, partizipative und repräsentative Entscheidungsfindung auf allen Ebenen sicherzustellen“, ein anderes fordert das Ende aller Formen von Gewalt gegenüber Kindern. Obwohl dies alles natürlich höchst wünschenswert ist, wird kaum je ein Land für sich in Anspruch nehmen können, diese Ziele erreicht zu haben.

Angesichts der offen formulierten Unterziele wird die Auswahl und Definition der Indikatoren unweigerlich einen großen Einfluss auf den tatsächlichen Fokus der Bemühungen unter SDG 16 haben. Obwohl viele der derzeit diskutierten Indikatoren eine nützliche Fokussierung der Unterziele darstellen, besteht bei anderen die Gefahr, dass sie nur einen Seitenaspekt des eigentlich gemeinten Unterziels abbilden. Zweifellos behandelt SDG 16 Themen, die generell schwer zu messen sind. Dies darf aber nicht zur Vernachlässigung wichtiger, jedoch schwerer messbarer Unterziele zugunsten von leichter messbaren führen.

SDG 16 ist für die globale ‚2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung‘ von herausgehobener Bedeutung. Viele Länder haben lange gezögert einzugestehen, dass schlechte Regierungsführung Konflikte anheizt und Entwicklung behindert. Die Zeit von 2001–2015 hat aber deutlich gezeigt, dass fragile Staaten, die durch schwache Governance gekennzeichnet sind, die größten Schwierigkeiten hatten, die MDGs zu erreichen. Durch die Einbeziehung von SDG 16 erkennt die 2030-Agenda nun an, dass globale nachhaltige Entwicklung ohne Fortschritte in den Bereichen guter Regierungsführung und Frieden nicht möglich ist. In der Tat ist SDG 16 sowohl ein wichtiges eigenes Ziel als auch wesentliches Mittel zur Unterstützung der übrigen Ziele. Es ist bedauerlich, dass die politische Sensibilität des SDG-16-Gegenstandes verhindert hat, das Ziel prägnant, leicht kommunizierbar und handlungsorientiert zu formulieren. Um SDG 16 zu erreichen ist eine kohärente Strategie nötig, wie politisch hochsensible Themen, für die es keine einfachen technischen Lösungen gibt, angepackt werden können. Hier zu guten Lösungen zu kommen, wird in den nächsten Jahren die entscheidende Herausforderung sein, damit SDG 16 zum Schlüssel für die Erschließung des Potenzials der 2030-Agenda werden kann.